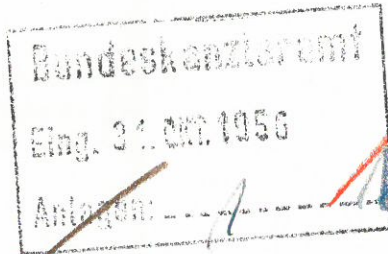


DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

**DGB**

## DER BUNDESVORSTAND

Herrn  
 Bundeskanzler  
 Dr. Konrad Adenauer  
B o n n



①2a **Düsseldorf, Stromstraße 8**  
 Hans-Böckler-Haus  
 Fernsprecher: Düsseldorf Nr. 8721  
 Drahtanschrift: Degebevorstand Düsseldorf  
 Fernschreiber: 082-2851 - degebe dssd  
 Bankverbindungen:  
 Bank f. Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westf. AG.,  
 Düsseldorf, Konto Nr. 200  
 Städtische Sparkasse Düsseldorf, Zahlstelle 4,  
 Konto Nr. 30511  
 Rheinische Girozentrale und Provinzialbank,  
 Düsseldorf, Konto Nr. 31300  
 Landeszentralbank Düsseldorf, Konto Nr. 36/9513  
 Postscheckkonto: Essen 69541

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen  
 Vors. Hn/kk

Datum

29. Oktober 1956

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung am 23. Oktober 1956 eine EntschlieÙung zur Sozialreform gefaÙt.

Wir gestatten uns, Ihnen diese EntschlieÙung zu überreichen mit der Bitte, dafür besorgt zu sein, daÙ die darin enthaltenen berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten erfüllt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

(Willi Richter)

Anlage

Gesch. 7. 7-81000-3473/52

Düsseldorf, den 23. Oktober 1956

DGB gegen Verschleppung der Rentenreform

Der Bundesvorstand des DGB verfolgt mit grosser Besorgnis die Bestrebungen politisch einflussreicher Arbeitgeber- und Wirtschaftsgruppen, die Rentenreform zu verzögern oder zu Fall zu bringen. Die Angriffe dieser Interessentenkreise richten sich vor allem gegen das Kernstück der geplanten Rentenreform: die Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung.

Der Bundesvorstand ist der Ansicht, dass die Einwände, die von jenen Wirtschaftsgruppen gegen die Einführung der Lohnwertrente erhoben werden, nicht auf volkswirtschaftlichen Erwägungen beruhen, sondern von privatwirtschaftlichen Interessen diktiert sind. Die von den Gewerkschaften geforderte Rentenreform kann weder die Währung gefährden noch die volkswirtschaftliche Entwicklung ungünstig beeinflussen. Mit den Grundsätzen eines sozialen Rechtsstaates ist es unvereinbar, den bedürftigsten Teil unseres Volkes, die Rentner, von den Ergebnissen des wirtschaftlichen Fortschrittes auszuschliessen. Es wäre geradezu ein Frevel, wenn die Not der Rentner als ein Mittel der Währungssicherung oder der Konjunkturpolitik missbraucht werden sollte.

Der Bundesvorstand warnt davor, die seit Jahren versprochene Reform der Rentenversicherung der Angestellten und der Arbeiter weiter zu verzögern oder zu verfälschen. Er wendet sich erneut an den Bundestag und an die Bundesregierung mit seinem Appell, den Alten, Invaliden, Berufsunfähigen und Hinterbliebenen die lange erwartete wirksame und dauernde Hilfe unverzüglich zu gewähren. Der Bundesvorstand wird beim Bundesarbeitsminister erneut eindringliche Vorstellungen erheben.

(ND 197/56 vom 23. Oktober 1956)

DGB-Vorstand zur Wiedervereinigung

Der DGB-Bundeskongress in Hamburg hat in seinem Manifest zur Wiedervereinigung Deutschlands gefordert, dass die Gewerkschaften durch eigene Vorschläge dazu beitragen sollen, das grosse politische Ziel aller Deutschen möglichst bald zu verwirklichen. Nach dem Willen des Kongresses soll eine Kommission zusammentreten, deren Aufgabe es sein soll, diese Vorschläge bis zum 1. Mai 1957 zu erarbeiten.

Zur Mitarbeit an dieser Kommission haben sich nach einem heute einstimmig gefassten Beschluss alle Mitglieder des Bundesvorstandes zur Verfügung gestellt. Die Kommission wird ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen und soweit erforderlich, für einzelne ihrer Arbeitsgebiete besondere Ausschüsse einsetzen.

(ND 196/56 vom 23. Oktober 1956)

Der Staatssekretär  
des Bundeskanzleramtes  
7 - 81000 - 3473/56

Bonn, den

14. November 1956

1) An den  
Bundesvorsitzenden des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Herrn Willi Richter

Düsseldorf  
Stromstrasse 8

Abgesandt  
15. NOV. 1956  
Rie.

Sehr geehrter Herr ~~Vorsitzender~~ *Richter!*

Ich bestätige dankend den Eingang Ihres an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Schreibens vom 29. Oktober 1956, <sup>Von dem</sup> ~~sowie die beigefügte Ent-~~schliessung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 23. Oktober 1956 *(habe ich mit Frauere Kenntnis genommen. über die Rentenreform)*

Wie der Herr Bundeskanzler mehrfach versichert hat, hält die Bundesregierung an der Produktivitätsrente fest, ~~und ist bemüht, dass insbesondere die für die Rentner so wichtigen Fragen der Rentenberechnung nicht zum Nachteil der Rentner abgewandelt werden.~~ *Sie ist mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund darin einig, dass die Renten von den* <sup>Mit vorzüglicher Hochachtung</sup> ~~Ergebnissen des wirtschaftlichen Fortschritts nicht ausgeschlossen werden können.~~

Im Auftrag

2) Z.d.A.

(-Haenlein-)

*A*

*ly 14/11*